

Redebeitrag
Plenum, 07.11.2016
Dok. 134 – Zusammenarbeitsabkommen Provinz
-Alain Mertes-

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wie Sie wissen, ist die Vivant-Fraktion für die Abschaffung der Provinzen auf dem gesamten Gebiet Belgiens. Diese gliedstaatliche Ebene macht keinen Sinn mehr, da alle Zuständigkeiten problemlos von den anderen Gliedstaaten übernommen werden können. In den meisten Bereichen teilt sie ja heute schon Befugnisse mit den Regionen, Gemeinschaften und Gemeinden. Das belgische Staatsgebilde wäre ohne die Provinzen schlanker und ein beachtlicher Teil Bürokratie und damit Steuergelder könnten ohne sie eingespart werden.

Anders, als andere Verfechter der Abschaffung der Provinzen, sagen wir aber auch, dass die so eingesparten Steuergelder direkt den Bürgern in Form von Steuererleichterung zu Gute kommen und nicht von den Gliedstaaten verwaltet bzw. ausgegeben werden sollten.

Die Belgier bezahlen heute schon viel zu viel Steuern und müssen trotzdem viele Mankos in Kauf nehmen. Schlechte Straßen, zu wenig Pflegepersonal und zu große Schulklassen, sind nur einige Beispiele. Überall fehlt Geld. Dies ist ein typisches Symptom der Mangelwirtschaft der klassischen Politik.

Das Zusammenarbeitsabkommen mit der Provinz entstammt letzten Endes vor allem dem Selbsterhaltungstrieb der Provinz. Sie möchte sich durch das Verteilen von Geld, das in einer Mangelwirtschaft per Definition immer Mangelware ist, eine Daseinsberechtigung geben. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass ein Teil der Steuergelder durch die Organisation und Verwaltung des Zusammenarbeitsabkommens verbraten werden.

Würde der belgische Staat und alle Gliedstaaten verantwortlich mit den Steuergeldern umgehen, könnten ohne Probleme auf die Gelder der Provinz verzichtet werden. Und das sogar mit wesentlichen besseren Dienstleistungen für die Bürger.

Die DG erhält über die Wallonische Region und den Föderalstaat viele Steuergelder für die von ihr zu verwaltenden Zuständigkeiten. Da ist es keine Kunst, große Infrastrukturprojekte zu realisieren und jede Menge Dienstleistungen anzubieten. Dass sie dennoch immer mehr Geld haben möchte, entstammt nicht einem Bedarf, sondern wohl eher einem Egoismus und Machtstreben. Geld gibt bekanntlich Macht. Wobei Macht an sich nicht per Definition schlecht ist. Erst wenn sie für persönliche Ziele missbraucht wird, entsteht destruktives Handeln.

Noch nie habe ich Politiker sagen hören, wie viel Geld brauchen wir eigentlich? Nein, alle sind immer bemüht das Meiste für sich heraus zu nehmen. Als sei dies selbstverständlich. Und so wird der Steuerzahler weiter geschröpft, ob er es will oder nicht.

Dies ist nicht unser Verständnis von Politik. Für Vivant steht der Bürger im Vordergrund. Dazu gehört ein verantwortlicher Umgang mit Steuergeldern, der in der aktuellen, klassischen Politik sehr selten anzutreffen ist.

Aus all diesen Gründen wird sich die Vivant-Fraktion bei der Abstimmung zu diesem Zusammenarbeitsabkommen enthalten.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit

Alain Mertes,

Vivant-Fraktion